



Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz

im Bundesverband der Lehrer an berufsbildenden Schulen e.V. und im Deutschen Beamtenbund

Adam - Karrison- Str. 62, 55118 Mainz, Tel.: 06131 - 61 24 50, Fax: - 61 67 05

vlbs Rheinland-Pfalz, der Landesvorsitzende, Rheingauer Str. 8, 55122 Mainz

Vorsitzender:

Ulrich Brenken

Rheingauer Straße 8

55122 Mainz

Tel. 06131-41818

Fax : 06131-41817

eMail,p.: citroen-club@t-online.de

eMail,d.: ulrich.brenken@bbs1-mainz.de

eMail,vlbs: ulrich.brenken@vlbs.org

17.05.2011

PRESSEMITTEILUNG

Liste der Grausamkeiten der neuen Landesregierung trifft Lehrkräfte und Schüler gleichermaßen

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) reagiert mit Unverständnis auf die Vielzahl der angekündigten Einschnitte bei den Landesbeamten und befürchtet deutliche Auswirkungen auf die berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz. „Wurde noch vor den Wahlen die Sicherung der Unterrichtsversorgung zu einem der wichtigsten Ziele erklärt, so muss nach der Wahl gefragt werden, wie bei einer Einsparung von ca. 5 % der Lehrkräfte der Unterrichtsausfall von 5,9 % an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz reduziert werden soll“, so der Vorsitzende des Verbandes, Ulrich Brenken. „Hier scheinen Sparmaßnahmen stark auf dem Rücken der Lehrkräfte wie auch der Jugendlichen und ihren Eltern ausgetragen zu werden.“

Neben den Stellenstreichungen sollen Lehrkräfte Eingriffe bei der Krankenversorgung, bei den Familienzuschlägen, bei den vermögenswirksamen Leistungen, den Reisekosten aber auch eine Erhöhung des Pensionsalters bei gleichzeitiger Streichung der Altersteilzeit erfahren. „Nichts davon ist vor der Wahl von den jetzigen Regierungsparteien in der Öffentlichkeit vermittelt worden“ stellt Ulrich Brenken fest, „da hätte man sich im Wahlkampf deutlich mehr Klarheit und Wahrheit erhofft - und jetzt kommen im Wochentakt scheinbar neue Grausamkeiten ans Tageslicht. Unsere Lehrkräfte sind massiv enttäuscht und entsetzt“.

Auf eine ebenso deutliche Ablehnung des vlbs stößt die geplante Festlegung der Lohnerhöhungen auf gerade einmal einen Prozentpunkt für die nächsten Jahre. „Schon viele Jahre haben die Lehrkräfte deutlich geringere Lohnsteigerungen wie die Mitarbeiter in der freien Wirtschaft ertragen müssen, jetzt werden wir völlig von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt“, macht Ulrich Brenken klar. Vollkommen unverständlich sind diese Vielzahl von Sparmaßnahmen im Anbetracht der aktuellen Steuerschätzungen. Einerseits bekommt das Land bis 2016 voraussichtlich 2,3 Mrd. EUR mehr, gleichzeitig wird aber keinen Millimeter von den Einsparungen in Höhe von 1,1 Mrd. EUR abgerückt. „Wenn die Landesbeamten schon einen erheblichen Teil der Sparmaßnahmen tragen müssen, so sollten diese bei erhöhten Steuereinnahmen auch von Entlastungen und zusätzlichen Stellen profitieren dürfen“, fordert Ulrich Brenken.

Mit freundlichen Grüßen